

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2011

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2011	1
1.2	Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	3
1.3	Entwicklung in den Regionen	6
1.4	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	9
1.5	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	11
1.6	Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung	14
1.7	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	17
1.8	Insolvenzen nach Rechtsformen	21
1.9	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	22
1.10	Große Firmeninsolvenzen	25
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	30
2.1	Gründungsbilanz	30
2.2	Neueintragungen nach Bundesländern	33
2.3	Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen	35
2.3.1	Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen	37
2.3.2	Branchenspezifisches Gründungsklima	39
3	Zusammenfassung	42
	Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima	45

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland
im ersten Halbjahr 2011

Die Konjunkturlokomotive Deutschland steht unter Volldampf. Die Unternehmen verbuchen steigende Umsatz- und Ertragszahlen, und die Geschäftsaussichten werden weiterhin günstig eingeschätzt. Damit dürfte die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik auch im laufenden Jahr kräftig wachsen.

Der Wirtschaftsaufschwung hat sichtbar positive Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen in Deutschland. Im ersten Halbjahr 2011 verringerte sich sowohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen als auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. So wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 14.960 unternehmerische Insolvenzverfahren registriert. Das entspricht einem Rückgang um 11,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, als noch 16.820 Unternehmen in die Insolvenz mussten.

***Aufschwung verringert
Insolvenzzahlen***

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009	162.870	+ 4,5%	32.930	+ 11,3%	100.790	+ 2,4%	29.150	+ 4,6%
2010 Hj.	85.310	+ 7,8%	16.820	+ 3,8%	54.070	+ 11,8%	14.420	- 1,1%
2010	169.840	+ 4,3%	32.060	- 2,6%	109.960	+ 9,1%	27.820	- 4,6%
2011 Hj. *)	79.270	- 7,1%	14.960	- 11,1%	51.300	- 5,1%	13.010	- 9,8%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Nachdem sich die deutsche Volkswirtschaft schnell und dynamisch aus der Krise befreite und mittlerweile als einziges der großen Industrieländer wieder das Vorkrisenniveau erreicht, verbessert sich auch die Stabilität der Unternehmen. Der Kapitalsockel wird durch einen kräftigen Einnahmenschub und frische Kredite verbreitert. Akute Liquiditätsengpässe gehören eher der Vergangenheit an.

Einschnitte der Krise wettgemacht

Der Rückgang im Insolvenzgeschehen spiegelt auch wider, dass die deutsche Wirtschaft in der Krise vergleichsweise wenig Federn lassen musste und infolge einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von der kräftigen weltwirtschaftlichen Erholung profitiert. Mittlerweile werden die Konjunkturkräfte der Bundesrepublik aus mehreren Quellen gespeist; auch die Binnenwirtschaft kommt in Schwung, so dass die Insolvenzzahlen in der gesamten Breite der Wirtschaft zurückgehen.

Auch weniger Verbraucherpleiten ...

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank ebenfalls, allerdings weniger deutlich. Nach 54.070 Fällen im ersten Halbjahr 2010 wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres noch 51.300 Verbraucherinsolvenzen gemeldet. Das Minus beträgt somit 5,1 Prozent.

Die Gesamtzahl an Insolvenzen beläuft sich im ersten Halbjahr 2011 auf 79.270 Fälle. Im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einem Minus von 7,1 Prozent, wobei der geringere Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen die Entwicklung abbremst. Bei den sonstigen Insolvenzen, die sich aus den Insolvenzen ehemals Selbstständiger, natürlicher Personen als Gesellschafter sowie Nachlassinsolvenzen zusammensetzen, wurde ebenfalls ein Rückgang festgestellt. Mit 13.010 gemeldeten Verfahren wurde der Vorjahreswert (14.420 Verfahren) um 9,8 Prozent unterschritten.

1.2 Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung

Trotz der rasanten Konjunkturerholung und eines florierenden Arbeitsmarktes liegt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen weiterhin auf einem hohen Niveau. 51.300 Privatpersonen mussten im ersten Halbjahr 2011 den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Damit hat sich die Zahl der Betroffenen zwar leicht verringert – im Vorjahreszeitraum wurden noch 54.070 Fälle registriert –, allerdings liegt auch die aktuelle Zahl im historischen Vergleich noch sehr hoch. Zum Vergleich: Nur zweimal wurde in den zurückliegenden zehn Jahren innerhalb der ersten sechs Monate eine noch höhere Zahl an insolventen Verbrauchern gezählt. Das war 2010 der Fall sowie im Jahr 2007 mit 52.120 Fällen.

Dies ist zudem vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich ein weiterer Effekt zunehmend positiv auf die Insolvenzstatistik von privaten Verbrauchern auswirken dürfte: Die Diskussion um eine deutliche Verkürzung der sogenannten Wohlverhaltensperiode um die Hälfte auf nur noch drei Jahre, wie unlängst vom Bundesministerium für Justiz angekündigt. Damit wird eine Vorgabe aus dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag umgesetzt, der diese Maßnahme 2009 allerdings nur für Neugründer vorsah. Mittlerweile ist die Verkürzung für alle Schuldner vorgesehen. Entsprechend dürfte die Entwicklung in den ersten Monaten des laufenden Jahres positiv beeinflusst worden sein, da es sich lohnt, mit dem Antrag auf Restschuldbefreiung zu warten – falls die Möglichkeit dazu besteht –, um in den Genuss eines schnelleren Schuldenabbaus zu kommen. Bei fortgesetzter Diskussion um eine schnellere Restschuldbefreiung ist im weiteren Jahresverlauf mit einem weiteren Rückgang der Verbraucherinsolvenzen zu rechnen.

Falls die Vorgabe der Politik rasch umgesetzt wird und die Wohlverhaltensperiode auf nur noch drei

... aber weiter hoher Wert

Diskussion um schnellere Restschuldbefreiung ...

**... führt erst zu weniger
und später zu mehr
Insolvenzen**

Jahre sinkt, dürfte die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in den Folgejahren aber wieder nach oben schnellen. Das Potenzial an überschuldeten Personen ist mit mehr als sechs Millionen weiterhin hoch. Für viele Betroffene öffnet sich damit eine Tür, um aus ihrem Schuldturm herauszukommen.

Tab. 2: Erteilte Restschuldbefreiungen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2008	4.360	–
2009	6.490	+ 48,9
2010	9.000	+ 38,7
2011 *)	11.400	+ 26,7

*) für 2011 geschätzt

Quelle: Creditreform Datenbank

**Ende 2010: rund 20.000
Restschuldbefreiungen
erteilt**

Die Restschuldbefreiung als erlösendes Ende eines privaten Insolvenzverfahrens wird immer mehr Deutschen zuteil. Allein in diesem Jahr dürften schätzungsweise 11.400 Personen die Restschuldbefreiung nach einer erfolgreichen Absolvierung der sechsjährigen Wohlverhaltensphase erhalten. Das ist ein Zuwachs um 26,7 Prozent gegenüber 2010 (9.000). Die steigende Zahl an Verbraucherinsolvenzverfahren, die bekanntlich die Schuldenbereinigung zum Ziel haben, spiegelt sich somit auch in den Zuwächsen an erteilten Restschuldbefreiungen wider. Zum Vergleich: 2008 wurden erst 4.360 Personen die Schulden erlassen, nachdem diese die Bedingungen der Wohlverhaltensphase erfüllt hatten, z. B. Erwerbseinkünfte regelmäßig an einen Treuhänder abgetreten haben.

Männliche Personen sind bei den bislang erteilten Restschuldbefreiungen klar in der Mehrheit. Bei 56,0 Prozent der seit 2008 registrierten Fälle erhielt ein Mann die Restschuldbefreiung, in 43,9 Prozent der Fälle eine Frau.

Unterschiedlich stellt sich die Situation auch in den Altersklassen dar: Knapp ein Drittel der Personen, die im laufenden Jahr die Restschuldbefreiung

freierung erhielten, sind zwischen 40 und 49 Jahre alt, ein Viertel zwischen 50 und 59 Jahre. Gering ist noch die Zahl der jungen Erwachsenen bis 29 Jahre (3,2 Prozent der Fälle) sowie die älteren Personen ab 70 Jahre (2,9 Prozent). In den folgenden Jahren ist aber durch eine zunehmende Überschuldung auch von jungen Menschen und die steigende Altersarmut mit mehr Fällen in diesen Altersgruppen zu rechnen.

Geringer Anteil an jungen und älteren Personen

Tab. 3: Erteilte Restschuldbefreiungen im Jahr 2010 nach Altersgruppen

■	Anteile in Prozent
bis 29 Jahre	3,2
bis 39 Jahre	16,0
bis 49 Jahre	31,5
bis 59 Jahre	25,1
bis 69 Jahre	11,1
70 Jahre und älter	2,9

Quelle: Creditreform Datenbank

Restschuldbefreiungen können von Seiten des Gerichts auch versagt oder widerrufen werden. Die entsprechenden Fallzahlen von widerrufenen Restschuldbefreiungen sind aber gering. Insgesamt wurden seit 2008 nur 45 Fälle einer widerrufenen Restschuldbefreiung registriert – beispielsweise wenn die Befriedigung eines Insolvenzgläubigers erheblich beeinträchtigt wurde. Dagegen kam eine Versagung der Restschuldbefreiung seit 2008 bereits immerhin 4.543-mal vor. Das ist beispielsweise der Fall, wenn der Schuldner wegen einer Insolvenzstraftat rechtskräftig verurteilt wurde.

Bei Straftaten werden Restschuldbefreiungen versagt

Die von der Bundesregierung vorgesehene Verkürzung des privaten Insolvenzverfahrens auf drei Jahre, die laut dem Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition von 2009 Gründern einen schnelleren Neuanfang ermöglichen soll, rückt mehr und mehr ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Zudem, da mittlerweile alle natürlichen Personen in den Genuss einer verkürzten Wohlverhaltens-

***Vereinfachungen und
Entlastung der Gerichte
angemahnt***

periode kommen sollen. Richtig ist, das Entschuldigungsverfahren nicht unnötig zu erschweren und die Restschuldbefreiung für redliche Schuldner zu ermöglichen. Mit der Einführung der Verfahrenskostenstundung ist in dieser Hinsicht bereits in der Vergangenheit ein wichtiger Schritt erfolgt.

Die steigenden Verfahrenszahlen lassen sich mit der vorgesehenen Halbierung der Verfahrensdauer aber keineswegs beherrschen. Im Gegenteil: das hohe Potenzial an überschuldeten Personen in Deutschland dürfte bei einer zusätzlichen Erleichterung der Privatinsolvenz zu einer deutlichen Erhöhung der ohnehin schon enormen Fallzahlen führen. Vielmehr sollten weitere Vereinfachungen im laufenden Verfahren im Vordergrund stehen. Eine deutliche Entlastung der Gerichte könnte durch eine Stärkung von außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen erreicht werden. Zudem ist eine weitere Unterstützung der Schuldnerberatung von Nöten.

1.3 Entwicklung in den Regionen

Wie verlief die Entwicklung des aktuellen Insolvenzgeschehens in Ost- und Westdeutschland? Ist mittlerweile in dieser Hinsicht eine Annäherung festzustellen?

***Insolvenzgeschehen im
Westen klingt rasch ab***

Im Westen Deutschlands verringerte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den ersten sechs Monaten um 9,5 Prozent auf 12.460 (Vorjahr: 13.770). Damit klingt das Insolvenzgeschehen rasch ab. Noch im ersten Halbjahr 2010 war ein Anstieg zu verzeichnen gewesen (plus 6,0 Prozent). Erst in der zweiten Jahreshälfte 2010 drehte der Trend bei den Firmeninsolvenzen. Beruhigt hat sich das Insolvenzgeschehen auch bei den Verbrauchern. Von Januar bis Juni mussten im Westen Deutschlands 40.890 Verbraucher ihren Bankrott erklären. In der Vorjahresperiode hatten noch 42.960 Personen den Gang zum Insolvenzgericht antreten müssen (minus 4,8 Prozent).

Tab. 4: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009	127.360	+ 4,9%	26.670	+ 12,6%	79.320	+ 2,6%	21.370	+ 4,7%
2010 Hj.	67.340	+ 8,5%	13.770	+ 6,0%	42.960	+ 12,3%	10.610	- 2,3%
2010	134.080	+ 5,3%	26.190	- 1,8%	87.280	+ 10,0%	20.610	- 3,6%
2011 Hj. *)	62.900	- 6,6%	12.460	- 9,5%	40.890	- 4,8%	9.550	- 10,0%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland sanken ebenfalls die Unternehmens- wie auch die Verbraucherinsolvenzen. Beide Komponenten sogar überdurchschnittlich stark. 2.500 ostdeutsche Unternehmen mussten im ersten Halbjahr 2011 insolvenzbedingt aufgeben. Das entspricht einem deutlichen Minus von 18,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, als noch 3.050 Unternehmensinsolvenzen festgestellt wurden. Der starke Rückgang spiegelt die zunehmende Festigkeit der ostdeutschen Betriebe wider. Zudem hatte der jahrelange Ausleseprozess bereits die Spreu vom Weizen getrennt und nur überlebensfähige Unternehmen übriggelassen, deren Insolvenzgefährdung entsprechend niedrig ist. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der insolventen Verbraucher in Ostdeutschland. Nachdem im ersten Halbjahr 2010 noch 11.110 Fälle gemeldet wurden, sind es im laufenden Jahr nur noch 10.410 (minus 6,3 Prozent).

Überdurchschnittlicher Rückgang im Osten

Tab. 5: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008	34.490	- 13,0%	5.890	- 0,2%	21.140	- 16,4%	7.460	- 11,8%
2009	35.510	+ 3,0%	6.260	+ 6,3%	21.470	+ 1,6%	7.780	+ 4,3%
2010 Hj.	17.970	+ 5,4%	3.050	- 5,3%	11.110	+ 9,9%	3.810	+ 2,4%
2010	35.760	+ 0,7%	5.870	- 6,2%	22.680	+ 5,6%	7.210	- 7,3%
2011 Hj. *)	16.370	- 8,9%	2.500	- 18,0%	10.410	- 6,3%	3.460	- 9,2%

*) von Creditreform geschätzt

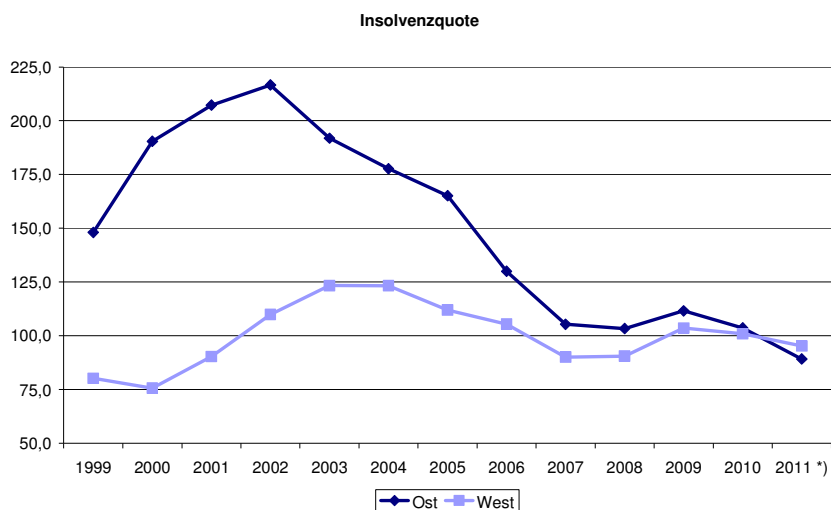
**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Insolvenzquoten Ost und West angeglichen

Die Insolvenzquoten in Ost- und Westdeutschland gleichen sich mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit in einem rasanten Tempo an. Lag die Insolvenzquote (Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) im Ostteil der Bundesrepublik zu Beginn des letzten Jahrzehnts noch mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland, führte der Konvergenzprozess mittlerweile zu einer Gleichheit in puncto Insolvenzgeschehen. Am aktuellen Rand liegt die Insolvenzquote des Ostens sogar leicht unter der des Westens.

Die Insolvenzquote stieg im Westteil der Bundesrepublik nach dem Platzen der Dotcom-Blase und der darauffolgenden Phase der wirtschaftlichen Stagnation zu einem allmählichen Anstieg der Insolvenzquote bis 2003/04. In Ostdeutschland dagegen erreichte die Insolvenzquote bereits 2002 ihren Höhepunkt, um dann stetig zu sinken. Eine Ausnahme bildete dabei lediglich die Rezession im Jahr 2009. Die über viele Jahre deutlich höhere Insolvenzbetreffenheit der ostdeutschen Wirtschaft rührt zum Teil aus dem im Einheitsboom

aufgeblähten ostdeutschen Bausektor, der später stark schrumpfte. Hinzu kommt die mit zunehmendem Unternehmensalter steigende Stabilität der ostdeutschen Betriebe, was sich beispielsweise an mittlerweile hohen Eigenkapitalquoten zeigt.



*) Hochrechnung auf Basis der Halbjahresergebnisse.

1.4 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Insolvenzen verursachen sowohl für betroffene Gläubiger als auch für die gesamte Volkswirtschaft jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres beziffern sich die finanziellen Verluste auf rund 10,4 Milliarden Euro. Das bedeutet, rein rechnerisch pro Bundesbürger rund 130 Euro. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (14,7 Milliarden Euro) ist das Schadensvolumen damit um 4,3 Milliarden Euro oder 29,3 Prozent zurückgegangen. Zu diesem Rückgang hat zum einen die merkliche Entspannung beim Insolvenzgeschehen beigetragen mit einer geringeren absoluten Zahl an Insolvenzfällen, aber auch mit einer kleineren Zahl an Großschäden.

**Schadenssumme
rückläufig, aber noch
Milliardenhoch**

Pro Insolvenzfall blieben bei Gläubigern aus dem Privatsektor im Durchschnitt 488.000 Euro offen. Im Vorjahreszeitraum lag die mittlere Schadenssumme mit 606.000 Euro noch höher. Insgesamt werden die Gläubiger aus der Privatwirtschaft vor-

Gläubiger verlieren im Durchschnitt fast 0,5 Mio. Euro

aussichtlich 7,3 Milliarden Euro abschreiben müssen (Vorjahr: 10,2 Milliarden Euro). Die Schäden, die die öffentliche Hand tragen muss, belaufen sich auf 3,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 4,5 Milliarden Euro). Diese setzen sich zusammen aus Zahlungen, die im Falle einer Insolvenz übernommen werden müssen – wie etwa das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit (BA) – sowie aus sonstigen Forderungsverlusten.

Tab. 6: Insolvenzschäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	Schäden der öffentlichen Hand	Gesamt	private Forderungsverluste je Insolvenzfall in Euro
2000	17,9	9,2	27,1	641.000
2001	22,0	10,3	32,3	679.000
2002	26,6	11,8	38,4	707.000
2003	27,9	12,6	40,5	707.000
2004	27,5	11,9	39,4	700.000
2005	26,7	10,8	37,5	725.000
2006	22,4	8,7	31,1	658.000
2007	21,2	8,0	29,2	727.000
2008	21,0	8,0	29,0	710.000
2009	63,8	15,1	78,9	1.937.000
2010 Hj.	10,2	4,5	14,7	606.000
2010	25,2	10,2	35,4	786.000
2011 Hj. *)	7,3	3,1	10,4	488.000

*) von Creditreform geschätzt

Die exakte Schadenssumme, die infolge von Insolvenzen für Gläubiger und Staat entsteht, ist schwierig zu messen. Zum einen ist oft nicht genau feststellbar, ob tatsächlich alle Forderungen in voller Höhe angemeldet wurden, andererseits kann nicht in allen Fällen geklärt werden, welche Rückflüsse an die Gläubiger gingen. Dennoch erlaubt die Erfassung der voraussichtlichen Forderungen schon bei Eröffnung eine gute Einschätzung der Schadenssumme, insbesondere im Hinblick auf eine Zu- oder Abnahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Das Statistische Bundesamt registriert die Höhe der voraussichtlichen Forderungen, die aufgrund von Insolvenzen bei den Gläubigern unbefriedigt bleiben. Danach ist allein durch Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2011 ein Schaden von etwa 4,1 Milliarden Euro entstanden. Im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum (5,5 Milliarden Euro) entspricht das einem Rückgang um rund ein Viertel. Zu beachten ist dabei, dass die Gerichte – mangels verfügbarer Quellen – die Forderungshöhe oftmals schätzen. Zum Zeitpunkt der Erfassung der Insolvenz ist die Aufforderung zur Abgabe aller Gläubigeransprüche noch nicht ergangen, so dass noch nicht alle Forderungen bekannt sind. Im Regelfall steht erst rund zwei Jahre nach Verfahrenseröffnung fest, welche Höhe die Forderungen aus einem Insolvenzfall insgesamt haben.

1.5 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren so viele Personen erwerbstätig wie derzeit. Nachdem die Einschnitte der schweren Wirtschaftskrise mittlerweile vollständig wettgemacht sind und das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist, präsentiert sich auch der Arbeitsmarkt weiterhin in bester Verfassung. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2011 unter die Marke von drei Millionen gesunken, und nur noch 840.000 Personen sind weniger als zwölf Monate erwerbslos und damit erste Wahl für eine Stellenvermittlung. Damit rückt ein drohender Fachkräftemangel wieder auf die Agenda in Wirtschaft und Politik.

Positiv verläuft auch die Entwicklung der insolvenzbedingt drohenden Arbeitsplatzverluste. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren 110.000 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Im Vorjahreszeitraum lag diese Zahl noch bei 155.000 Betroffenen (minus 29,0 Prozent). Zwei Faktoren sind für den Rückgang verantwortlich: Zum einen die rückläufige Zahl der Insolvenzfälle und zweitens die weit aus geringere Zahl an großen Firmeninsolvenzen.

***Weniger Insolvenzfälle +
weniger Großpleiten =
weniger Stellenverluste***

Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem rückläufigen Trend bei den Insolvenzschäden. Da kaum Großinsolvenzen zu verzeichnen waren, sind diese ebenfalls deutlich zurückgegangen.

Tab. 7: Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer *)

■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009	521.000	+ 16,6
2010 Hj.	155.000	- 39,0
2010	240.000	- 53,9
2011 Hj.	110.000	-29,0

*) von Creditreform geschätzt

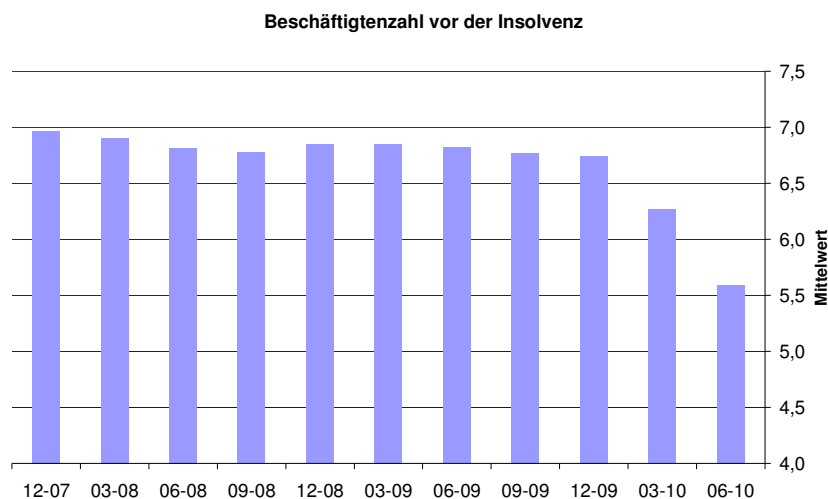
Stellenstreichungen im Vorfeld der Insolvenz ...

Bei der Betrachtung der Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze muss allerdings berücksichtigt werden, dass die zum Zeitpunkt der Insolvenz beschäftigten Personen und damit die Zahl der bedrohten Stellen vielfach nicht gemeldet werden und deshalb in der Statistik fehlen. Des Weiteren sind häufig bereits im Vorfeld der Unternehmensinsolvenz Arbeitsplätze abgebaut worden und auch Lieferanten mussten aufgrund von Kundeninsolvenzen Mitarbeiter entlassen. Daher muss die Zahl der vom Insolvenzantrag betroffenen Arbeitnehmer eher höher eingeschätzt werden.

Zum Ausmaß des Beschäftigungsabbaus im Vorfeld einer Insolvenz existieren bislang kaum gesicherte Angaben. Zwar führt die Schieflage eines Unternehmens teilweise schon Monate vor der Insolvenzmeldung zu einem Arbeitsplatzabbau, in vielen Fällen trifft die Pleite die Belegschaft aber

unvorbereitet, da Stellen im großen Stil meist noch nicht weggefallen sind. Eine Auswertung der Creditreform Wirtschaftsdatenbanken verdeutlicht nun diesen Effekt. Untersucht wurden die Beschäftigtenzahlen eines Samples von im Jahr 2010 in die Insolvenz gegangenen Unternehmen in den Quartalen vor dem Insolvenzantrag. Demnach schwankt die mittlere Mitarbeiterzahl relativ lange zwischen dem Wert 6,5 und 7,0. Erst kurz vor der Insolvenzanzeige sinkt die mittlere Beschäftigtenzahl der untersuchten Unternehmen um rund eine Stelle.

... kommen zu spät



Tab. 8: Verteilung der Arbeitsplatzverluste nach Unternehmensgrößenklassen im 1. Halbjahr 2011

	Anzahl	Prozentverteilung
1 – 5 Personen	23.700 (27.400)	21,5 (17,7)
6 – 10 Personen	10.400 (12.500)	9,5 (8,1)
11 – 20 Personen	11.300 (13.800)	10,3 (8,9)
21 – 50 Personen	15.900 (19.000)	14,5 (12,3)
51 – 100 Personen	13.000 (12.800)	11,8 (8,3)
> 100 Personen	35.700 (69.400)	32,5 (44,8)
Geamt	110.000 (155.000)	100,0 (100,0)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
 Quelle: Creditreform Datenbank, Angaben geschätzt

Der Trend hin zu einem Personalabbau im Vorfeld der Insolvenzmeldung zeigt sich auch in der Veränderung der Größenstruktur der 2010er In-

**Große Firmenpleiten für
ein Drittel der Jobverluste
verantwortlich**

solvenz Kandidaten vor dem eigentlichen Insolvenzereignis. Demnach erhöht sich unter den betrachteten Unternehmen der Anteil derjenigen, die höchstens fünf Beschäftigte aufweisen, während ein immer geringer werdender Teil der Unternehmen mehr Mitarbeiter aufweist. Insgesamt verläuft der Rückgang der Mitarbeiterzahl schleichend.

Auch wenn bislang spektakuläre Fälle ausgeblieben sind, belasten mittlere und größere Firmeninsolvenzen den Arbeitsmarkt weiterhin am stärksten. Das gilt nicht zuletzt beim Zusammenbruch eines regional bedeutsamen Arbeitgebers. Demnach entfällt knapp ein Drittel der vor einem Arbeitsplatzverlust stehenden Beschäftigten (32,5 Prozent) auf Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum, als Großinsolvenzen noch für knapp die Hälfte der Jobverluste (44,8 Prozent) verantwortlich waren, hat sich das Insolvenzgeschehen aber deutlich in Richtung kleinere und mittlere Unternehmen verlagert. Das ist u. a. daran zu erkennen, dass alle übrigen Unternehmensgrößenklassen einen höheren Anteil am insolvenzbedingten Arbeitsplatzabbau aufweisen als 2010, im Bereich 51 bis 100 Mitarbeiter hat sich die Zahl der Betroffenen auch absolut erhöht. So sind in diesem Größensegment 13.000 Stellen vom Wegfall bedroht (Vorjahr: 12.800), bei Kleinunternehmen mit maximal fünf Angestellten sind 23.700 Arbeitsplätze gefährdet (Vorjahr: 27.400).

1.6 Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung

Die Insolvenzentwicklung wird wesentlich von Faktoren im finanziellen und konjunkturellen Umfeld der Unternehmen beeinflusst. Wie die Ertragslage, die Eigenkapitalsituation sowie das Zahlungsverhalten der Kunden die derzeitige Liquidität und damit die finanzielle Stabilität des Unternehmenssektors bestimmt, verdeutlichen die folgenden Punkte.

Ertrags- und Eigenkapitalsituation

Die Ertragslage der deutschen Wirtschaft hat sich durch den Wirtschaftsaufschwung merklich erholt. Wie eine repräsentative Befragung durch die Creditreform Wirtschaftsforschung unter rund 4.000 mittelständischen Unternehmen in diesem Frühjahr zeigte, gelang es 22,9 Prozent der befragten Unternehmen, ihre Ertragssituation gegenüber dem Herbst 2010 zu verbessern, jeder Vierte (24,1 Prozent) berichtet von Einbußen. Damit waren deutlich weniger Unternehmen von einem Ertragsminus betroffen als im Vorjahr, als noch 42,5 Prozent einen Gewinnrückgang verzeichneten.

Ertragskraft gestärkt

Tab. 9: Ertragslage im Mittelstand

■	gestiegen	22,9 (14,9)
	stabil	51,6 (41,8)
	gesunken	24,1 (42,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

In den letzten zehn Jahren hat sich die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessert. Viele haben die Zeichen der Zeit erkannt und ihre Hausaufgaben gemacht. Dieser grundsätzliche Trend wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09 zwar kurzzeitig unterbrochen, aber 2011 können wieder mehr Unternehmen, nämlich 27,1 Prozent der Befragten, auf eine solide Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent der Bilanzsumme verweisen (Vorjahr: 26,8 Prozent). Das ist der höchste Wert, der seit 1996 gemessen wurde.

Die Eigenkapitalstarken werden noch stärker

Tab. 10: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	29,9 (28,7)
	bis 20%	25,8 (25,9)
	bis 30%	17,2 (18,6)
	über 30%	27,1 (26,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Hoher Finanzierungsbedarf im Aufschwung geht ans Eigenkapital

Als schwach kapitalisiert (weniger als zehn Prozent Eigenkapital bezogen auf die Bilanzsumme) gelten derzeit drei von zehn Unternehmen des Mittelstandes (29,9 Prozent), nachdem im Vorjahr 28,7 Prozent der Befragten hiervon betroffen waren. Der leichte Anstieg beim Anteil der Unternehmen, die eine Eigenkapitalquote von unter zehn Prozent aufweisen, könnte mit der verstärkten Investitionstätigkeit und den Lockerungen bei der Fremdkapitalbeschaffung zusammenhängen. Nach rund zwei Jahren äußerst angespannter Finanzierungsbedingungen, bis hin zu einer Kreditklemme, hat sich die Lage zu Beginn dieses Jahres zunehmend entspannt. Die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor steigt wieder, und das wieder hergestellte Vertrauen in der Wirtschaft findet sich in einem höheren Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wieder. Die Unternehmen haben demnach damit begonnen, ihre Lieferantenkredite auszuweiten.

Die wieder verbesserte Ertragslage sowie die Aussichten auf eine weitere Erholung dürften die rezessionsbedingten Einschnitte in den kommenden Monaten wieder ausgleichen und für eine erhöhte Stabilität der Unternehmen sorgen. In den zurückliegenden Krisenzeiten mussten häufig Kapitalreserven angegriffen werden; die Eigenkapitalquoten sind bei einem nicht unerheblichen Teil der Unternehmen spürbar geschrumpft (vgl. Creditreform Beiträge zur Wirtschaftsforschung, März 2011).

Zahlungsverhalten der Kunden

Die deutschen Unternehmen machen weitgehend gute Erfahrungen mit dem Zahlungsverhalten ihrer Kundschaft. Immerhin 83,7 Prozent der befragten Unternehmen erhalten das Geld für eine erbrachte Leistung oder eine gelieferte Ware nach spätestens 30 Tagen – sofern es sich um einen Kunden aus dem privaten oder gewerblichen Sektor handelt. Im vergangenen Jahr hatten nur 78,9 Prozent der Befragten einen Forderungsausgleich

Weniger Löcher in der Kasse

innerhalb von 30 Tagen angegeben; darin hatten sich noch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise widerspiegelt.

Tab. 11: Durchschnittliche Forderungsausfälle des Mittelstandes in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1%	32,5 (30,6)
	bis 1,0%	39,8 (38,3)
	über 1,0%	10,9 (14,8)
	keine Verluste	15,0 (14,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Risiko von Forderungsausfällen ist auch im Konjunkturaufschwung nicht völlig verschwunden. Lediglich 15,0 Prozent der Befragten blieben von Zahlungsausfällen gänzlich verschont. Nahezu ein Drittel (32,5 Prozent) meldet einen geringen Forderungsverlust von bis zu 0,1 Prozent des gesamten Jahresumsatzes (Vorjahr: 30,6 Prozent). Bei gut jedem Zehnten (10,9 Prozent) überschritten die Forderungsausfälle die Marke von 1,0 Prozent des Jahresumsatzes.

1.7 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Im gleichen Maße wie die Wirtschaft an Kraft gewinnt, sinken die Insolvenzzahlen. Das gilt für alle Hauptwirtschaftsbereiche. Sehr deutlich wird das im Handel (minus 19,9 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (minus 13,8 Prozent).

Vergleichsweise gering war der Rückgang der Insolvenzzahlen dagegen im Baugewerbe. Mit deutschlandweit 2.340 Fällen wurden 6,0 Prozent weniger Insolvenzen registriert als vor Jahresfrist (2.490). Dabei fiel der Rückgang im ostdeutschen Baugewerbe (minus 10,3 Prozent) stärker aus als im Westen (minus 4,7 Prozent). Gleichwohl macht der Bau im Osten weiterhin einen höheren Anteil am dortigen Insolvenzgeschehen aus. Deutschlandweit ist der Bausektor für 15,6 Prozent aller registrierten Insolvenzfälle verantwortlich – mehr als vor einem Jahr (14,8 Prozent).

Handel und Industrie mit kräftigem Rückgang der Insolvenzzahlen

**Tab. 12: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2011 *)**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.060 (1.220)	8,5 (8,9)	- 13,1
Ost	190 (230)	7,6 (7,5)	- 17,4
Deutschland	1.250 (1.450)	8,4 (8,6)	- 13,8
Bau			
West	1.820 (1.910)	14,6 (13,9)	- 4,7
Ost	520 (580)	20,8 (19,0)	- 10,3
Deutschland	2.340 (2.490)	15,6 (14,8)	- 6,0
Handel			
West	2.440 (3.020)	19,6 (21,9)	- 19,2
Ost	450 (590)	18,0 (19,3)	- 23,7
Deutschland	2.890 (3.610)	19,3 (21,5)	- 19,9
Dienstleist.			
West	7.140 (7.620)	57,3 (55,3)	- 6,3
Ost	1.340 (1.650)	53,6 (54,1)	- 18,8
Deutschland	8.480 (9.270)	56,7 (55,1)	- 8,5
Gesamt			
West	12.460 (13.770)	100,0 (100,0)	- 9,5
Ost	2.500 (3.050)	100,0 (99,9)	- 18,0
Deutschland	14.960 (16.820)	100,0 (100,0)	- 11,1

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

***Bau weiter mit hohem
Anteil bei Ostpleiten***

Ebenfalls nur unterdurchschnittlich war der Rückgang der Insolvenzzahlen im Dienstleistungsgewerbe. Mit 8.480 Insolvenzen wurde ein Minus von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (9.270) verzeichnet. Auch hier zeigte sich im Osten Deutschlands ein stärkerer Rückgang als im Westen. Das gilt grundsätzlich auch für die Bereiche Handel und Verarbeitendes Gewerbe, allerdings im geringeren Maße.

***Insolvenzgeschehen wird
dienstleistungslastig***

Zugenommen hat der Anteil des Dienstleistungsgewerbes am deutschen Insolvenzgeschehen. Gut die Hälfte der gemeldeten Insolvenzfälle (56,7 Prozent; Vorjahr: 55,1 Prozent) stammten aus dem tertiären Sektor. Der Handel ist dagegen für einen geringeren Anteil der Insolvenzfälle verantwortlich. Nach 21,5 Prozent im 1. Halbjahr 2010 sind es in diesem Halbjahr nur 19,3 Prozent. Insolvenzen im Handel und im Dienstleistungsbe-
reich treten dabei im Westen Deutschlands häufiger auf als im Osten.

Tab. 13: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	69
Herstellung von sonstigen Textilwaren a. n. g.	392
Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn	365
Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g.	347
Baugewerbe	134
Abbrucharbeiten	555
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	518
Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	490
Handel	88
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	460
Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchsgütern	436
Handelsvermittlung von Geräten der Unterhaltungselektronik	430
Dienstleistungen	96
Umzugstransporte	761
Reinigung von Verkehrsmitteln	747
Detekteien	681
Gesamt	95
Westdeutschland	98
Ostdeutschland	89

Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die Insolvenzquote ist im Verarbeitenden Gewerbe am geringsten (69 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) und im Bausektor am höchsten (134 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen). Dabei gibt es allerdings auch innerhalb der Wirtschaftssektoren teilweise große Unterschiede, wie in Tabelle 13 deutlich wird. Die Insolvenzquote ist im Dienstleistungssektor (96) höher als im Handel (88). Im Dienstleistungsgewerbe finden sich zudem einige sehr insolvenzgefährdete Wirtschaftszweige. Ein sehr hohes Ausfallrisiko zeigen beispielsweise

***Unterschiedliche
Insolvenzquoten in den
Wirtschaftsbereichen***

Umzugstransporte (761 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen), Reinigung von Verkehrsmitteln (747) sowie Detekteien (681). Mit Abstand folgt das Abbruchgewerbe innerhalb des Bausektors, bei dem 555 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen registriert wurden.

Tab. 14: Stabile Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung)	36
Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren	36
Herstellung von Maschinen für die Metall-erzeugung von Walzwerkeinrichtungen und Gießmaschinen	46
Baugewerbe	
Erschließung von unbebauten Grundstücken	134
Elektroinstallation	170
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	173
Handel	
Apotheken	44
Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	50
Großhandel mit Roh- und Schnittholz	55
Dienstleistungen	
Kreditinstitute des Genossenschaftssektors	0
Berufsorganisationen	0
politische Parteien und Vereinigungen	0

Quelle: Creditreform Datenbank

Wo Schatten ist, ist auch Licht: Das Dienstleistungsgewerbe zeichnet sich nicht nur durch sehr insolvenzanfällige Wirtschaftszweige aus, sondern auch durch sehr stabile. Das gilt insbesondere für genossenschaftliche Kreditinstitute mit einer Insolvenzquote von Null. Innerhalb des Baugewerbes sind die Bereiche Erschließung von Grundstücken und Elektroinstallation als sehr solide zu bezeichnen. Im Handel gilt das für Apothe-

ken, den Großhandel mit landwirtschaftlichem Gerät sowie den Holzgroßhandel. Innerhalb des bereits sehr stabilen produzierenden Gewerbes stehen im laufenden Jahr die Wirtschaftszweige Lederverarbeitung und Herstellung von Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren heraus.

1.8 Insolvenzen nach Rechtsformen

Das Insolvenzgeschehen in Deutschland wird von kleinen Gewerbebetrieben und Gesellschaften mit beschränkter Haftung dominiert. Mit 46,5 Prozent firmierte nahezu die Hälfte der registrierten Insolvenzfälle des ersten Halbjahres 2011 als Gewerbebetrieb. Dieser Anteil lag leicht unter dem Vorjahreswert. Zugenommen hat dagegen der Anteil der GmbH am Insolvenzgeschehen. Nunmehr entfallen 39,5 Prozent der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen auf die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Im Vorjahreszeitraum wies die GmbH einen Anteil von 37,9 Prozent auf. Der Anteil der GmbH & Co. KG (4,4 Prozent) und der freien Berufe (3,2 Prozent) blieb gegenüber dem Vorjahr so gut wie unverändert.

Viele Ausfälle in der Rechtsform GmbH

Tab. 15: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2011

■	Deutschland	Insolvenzquote *)
freie Berufe	3,2 (3,2)	20 (22)
Kleingewerbetreibende	46,5 (47,4)	80 (92)
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,0)	22 (20)
Einzelfirma	3,2 (3,7)	71 (93)
OHG	0,2 (0,3)	25 (48)
KG	0,5 (0,6)	58 (87)
GmbH & Co. KG	4,4 (4,5)	81 (93)
GmbH	39,5 (37,9)	143 (155)
AG	0,6 (0,8)	126 (184)
eG	0,0 (0,1)	11 (28)
e.V.	0,8 (0,6)	23 (19)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben; *) Insolvenzen je 10.000
Quelle: Creditreform Datenbank

Der steigende Anteil der GmbH am Insolvenzgeschehen spiegelt sich auch in einer vergleichsweise hohen Insolvenzquote dieser Rechtsform wider. Auf 10.000 Unternehmen der GmbH kommen 143 Insolvenzen (Vorjahr: 155). Nur leicht geringer ist die Insolvenzquote der AG (126; Vorjahr: 184). Einen Anstieg der Insolvenzquote verzeichnet auf niedrigem Niveau die Rechtsform e.V. Sehr gering ist die Insolvenzgefahr bei Genossenschaften. Je 10.000 eingetragene Genossenschaften wurden lediglich elf Insolvenzfälle registriert.

1.9 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Das diesjährige Insolvenzgeschehen wird eher von kleinen und mittleren Fällen bestimmt. So machen Betriebe mit einem Jahresumsatz von bis zu 500.000 Euro immerhin 65,0 Prozent der registrierten Insolvenzfälle aus. Das ist ein höherer Anteil als vor Jahresfrist (63,7 Prozent). Geringer als im Vorjahr ist demgegenüber der Insolvenzanteil der Umsatzklassen 0,5 bis 5,0 Mio. Euro ausgefallen (von 31,8 auf 29,5 Prozent), während Unternehmen der Umsatzgröße 5,0 bis 25 Mio. Euro (von 3,8 auf 4,7 Prozent) bzw. mehr als 50 Mio. Euro (von 0,2 auf 0,4 Prozent) ihren Anteil am Insolvenzgeschehen ausgebaut haben.

Zwei Drittel der Fälle sind kleine Unternehmen

Tab. 16: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2011 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	3.700 (4.060)	24,7 (24,1)	- 8,9
> 0,1 – 0,25	3.350 (3.680)	22,4 (21,9)	- 9,0
> 0,25 – 0,5	2.680 (2.980)	17,9 (17,7)	- 10,1
> 0,5 – 5,0	4.410 (5.350)	29,5 (31,8)	- 17,6
> 5,0 – 25,0	700 (640)	4,7 (3,8)	+ 9,4
> 25,0 – 50,0	60 (80)	0,4 (0,5)	- 25,0
> 50,0	60 (30)	0,4 (0,2)	+ 100,0
Gesamt	14.960 (16.820)	100,0 (100,0)	- 11,1

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr wider. Danach wurde in nur zwei Umsatzgrößenklassen ein positives Vorzeichen und damit ein Anstieg registriert. Trotz der eher geringen Fallzahl ist die Steigerung bei großen Unternehmen überraschend. Nachwirkungen der Finanzierungsengpässe und die krisenbedingte Kapitalerosion sowie eine verschärfte Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt machten diesen Unternehmen zu schaffen. Profitiert haben vom Aufschwung dagegen vor allem Unternehmen im klassischen Mittelstand mit Umsätzen zwischen einer halben Million und fünf Millionen Euro, die einen deutlichen Rückgang der Insolvenzzahlen zeigen (minus 17,6 Prozent).

Mehr Insolvenzen bei (unbekannten) Großen

Fallzahl aber gering

Tab. 17: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2011

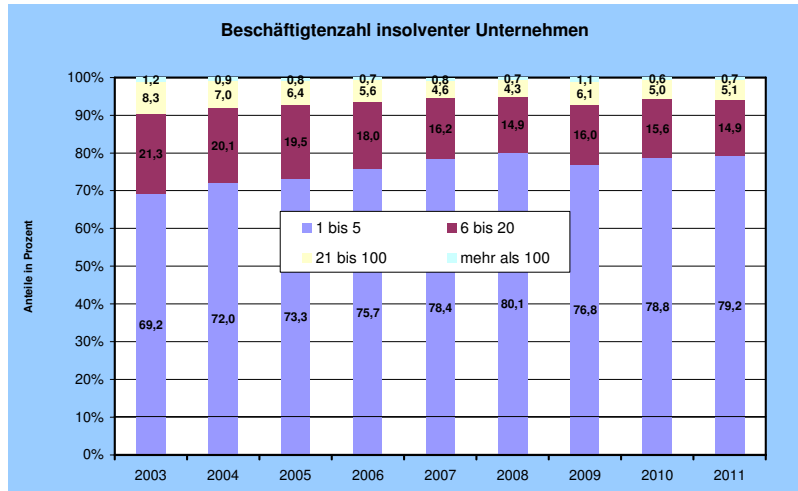
■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	79,0 (78,6)	80,2 (79,3)	79,2 (78,8)
6 – 10 Personen	9,4 (9,7)	8,9 (9,7)	9,3 (9,7)
11 – 20 Personen	5,6 (5,9)	5,7 (6,1)	5,6 (5,9)
21 – 50 Personen	3,9 (4,1)	3,4 (3,5)	3,8 (3,9)
51 – 100 Personen	1,4 (1,0)	1,1 (1,1)	1,3 (1,1)
> 100 Personen	0,7 (0,7)	0,7 (0,4)	0,7 (0,6)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Der zu beobachtende hohe Anteil an Kleinunternehmen am deutschen Insolvenzgeschehen findet sich in den Beschäftigtengrößenklassen bestätigt. Dabei sind es vor allem Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern, die den Großteil der gemeldeten Insolvenzen ausmachen (79,2 Prozent). Dieser Prozentanteil hat sich gegenüber dem Vorjahr (78,8 Prozent) weiter erhöht und erreicht damit nahezu den bisherigen Höchstwert aus dem Jahre 2008. Gestiegen ist zudem der Anteil von größeren Unternehmen. Dieser Befund korrespondiert mit den Ergebnissen der Umsatzgrößenverteilung, wo ebenfalls ein Zuwachs bei größeren Unternehmensinsolvenzen festgestellt wurde. 1,3 Prozent der registrierten Insolvenzfälle (Vorjahr: 1,1

Nur zwei Prozent haben mehr als 50 Beschäftigte

Prozent) beschäftigten zwischen 51 und 100 Mitarbeiter, 0,7 Prozent (Vorjahr: 0,6 Prozent) sogar mehr als 100. Die größten und bedeutendsten Fälle sind in Kapitel 1.10 dargestellt.



Auch Etablierte nicht gegen Pleite immun

Leicht zugenommen hat der Anteil der etablierten Unternehmen am Insolvenzgeschehen in Deutschland. Während im Vorjahreszeitraum 34,3 Prozent der insolventen Unternehmen zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs bereits mehr als zehn Jahre am Markt waren, sind es im laufenden Jahr schon 35,6 Prozent. Diese Entwicklung zeigt, dass auch etablierte Mittelständler nicht gegen eine Pleite immun sind. Ebenfalls höher fiel der Anteil der Neugründungen (bis zu zwei Jahre alt) aus. 17,5 Prozent der insolventen Unternehmen des ersten Halbjahres 2011 entstammen dieser Altersklasse, nachdem es im Vorjahr 16,7 Prozent waren.

Tab. 18: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2011

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	2.620 (2.810)	17,5 (16,7)	- 6,8
3 bis 4 Jahre	2.320 (2.930)	15,5 (17,4)	- 20,8
5 bis 6 Jahre	2.030 (2.270)	13,6 (13,5)	- 10,6
7 bis 8 Jahre	1.530 (1.650)	10,2 (9,8)	- 7,3
9 bis 10 Jahre	1.140 (1.390)	7,6 (8,3)	- 18,0
über 10 Jahre	5.320 (5.770)	35,6 (34,3)	- 7,8

() = Vorjahresangaben. Quelle: Creditreform Datenbank

Einigkeit besteht in den einzelnen Altersklassen in der Richtung der Insolvenzentwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Unterschiedlich zeigt sich aber das Ausmaß der Veränderung. Einen kräftigen Rückgang von 20,8 bzw. 18,0 Prozent verzeichnen die Altersklassen drei bis vier bzw. neun bis zehn Jahre. Ebenfalls zweistellig fällt der Rückgang der Insolvenzzahlen in der Altersklasse fünf bis sechs Jahre aus (minus 10,6 Prozent), während ganz junge Unternehmen (minus 6,8 Prozent) und etablierte Firmen (minus 7,8 Prozent) ein vergleichsweise geringes Minus zeigen.

1.10 Großen Firmeninsolvenzen

Nicht die größte, aber wohl die bekannteste Pleite des laufenden Jahres betrifft den Energieanbieter **TeIDaFax** aus Troisdorf bei Bonn. Das Aus im Juni 2011 kam nicht völlig überraschend, machte das Unternehmen doch bereits in den letzten Monaten negative Schlagzeilen durch Wechsel in der Führungsebene und Abwanderung von Kunden. Zudem kündigten mehrere Netzbetreuer dem Unternehmen den Netzzugang wegen ausstehender Zahlungen. Rettungsversuche in der jüngeren Vergangenheit blieben erfolglos, das Unternehmen hatte bei den Kunden in einer Branche mit starkem Wettbewerb zu viel Vertrauen verspielt. Hinzu kam die fragwürdige Geschäftspolitik, Strom unter Einkaufspreis zu verkaufen, um mehr Neukunden zu gewinnen, was sich als Minusgeschäft für das Unternehmen herausstellte. Letztlich müssen viele Verbraucher nun den Verlust ihrer Vorauszahlungen befürchten.

Die nach Mitarbeiterzahl größte Firmeninsolvenz des ersten Halbjahres betraf den Automobilzulieferer **Sellner** aus Neuendettelsau. 1.600 Beschäftigte aus Bayern und Baden-Württemberg fürchten um ihren Arbeitsplatz. Als Gründe für die Zahlungsunfähigkeit nannte der bestellte Insolvenzverwalter Siegfried Beck Fehlinvestitionen bei Großaufträgen und eine mangelnde Qualität. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sanierung

des Unternehmens seien gut, bestätigt der Insolvenzverwalter. Dazu gehört auch die möglichst reibungslose Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen zu Lieferanten und Kunden. Alle deutschen PKW-Hersteller sowie auch internationale Größen wie Cadillac, Chrysler, Nissan und Renault gehören zu den Abnehmern.

Tab. 19: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2011

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Sellner GmbH	Automobilzulieferer	1.600
	Schlott Gruppe	Druckerei	1.480
	AKT Altmärker Kunststoff-Technik GmbH	Automobilzulieferer	1.000
	Gold Meister GmbH	Schmuckhandel	700
	Walther-Glas	Glaserhersteller	650
	TelDaFax	Energieanbieter	600
	Ludwig Scheer	Spiele	407
	Cotta Möbel	Möbelhersteller	375
	Frenzel Tiefkühlkost	Nahrungsmittel	350
	M. Strobel / STL	Straßen- und Tiefbau	330

Quelle: Creditreform Datenbank

Für drei weitere Autozulieferer kam 2011 das Aus. So meldeten neben der **Altmärker Kunststoff-Technik (AKT)** mit rund 1.000 Beschäftigten auch die **YMOS Gruppe** mit Hauptsitz in Idar-Oberstein sowie der Autozulieferer **TTB** (Thermoplast Technik Beteiligungs AG) Insolvenz an. Bei der YMOS-Firmengruppe, die bereits zwischen 2000 bis 2002 unter Insolvenzverwaltung stand, gilt der Insolvenzantrag noch nicht für alle Bereiche. Derzeit sind 283 Mitarbeiter betroffen. TTB, in Eichenzell beheimatet, ist für rund 320 Personen Arbeitgeber. Das Unternehmen litt unter dem Preisdruck der Autohersteller und den Folgen der Wirtschaftskrise. Letztlich scheiterten die Gespräche mit den Banken, wodurch das Unternehmen in einen Liquiditätsengpass geriet. Die Altmärker Kunststoff-Technik mit Sitz in Gardelegen, ein

Hersteller von Kunststoffspritzguss, hatte im letzten Jahr noch einen Jahresumsatz von 170 Mio. € erzielt. Im Januar 2011 folgte der Insolvenzantrag. Vorgesehen ist nun ein Insolvenzplan in Eigenverwaltung.

Mit der **Schlott Gruppe** ging im Januar 2011 eine namhafte deutsche Großdruckerei in die Insolvenz. Das Unternehmen druckte u. a. die Zeitschriften „Kicker“ und „TV-Movie“ sowie Kataloge und Broschüren. Mittlerweile konnten immerhin zwei Töchter verkauft und damit Teile der Arbeitsplätze erhalten werden. Unterdessen gehen die Verhandlungen über den Verkauf weiterer Beteiligungen weiter. Insgesamt waren in der Firmengruppe fast 1.500 Mitarbeiter tätig.

Die **Gold Meister GmbH**, ein Schmuckhändler mit deutschlandweit rund 130 Verkaufsläden und über 700 Mitarbeitern, ist ebenfalls im ersten Halbjahr 2011 in die Insolvenz gegangen. Mittlerweile hat sich der Insolvenzverwalter Markus Plathner ein Bild über die wirtschaftliche Lage der Firma gemacht, die erstmals 2,5 Mio. Kunden zählte. Derzeit ist die Liquiditätssituation noch angespannt, der Betrieb soll aber erst einmal weitergehen. Zeitgleich laufen erste Gespräche über ein Sanierungskonzept für die Schmuck- und Uhrenhandelskette.

Einen Insolvenzantrag gestellt hat auch die Firma **Walther-Glas** aus Siebenstern in Landkreis Höxter, nachdem die 650 Mitarbeiter bereits seit dreieinhalb Monaten auf ihren Lohn warteten. Nun springt zunächst das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit (BA) ein. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Norbert Westhoff bestellt. Sein Ziel ist es, vorrangig die Arbeitsplätze zu sichern. Betroffen sind auch Werke in Österreich und Sachsen.

Die **Ludwig Scheer** Unternehmensgruppe, ein Familienunternehmen aus Marktheidenfeld, geht in die Insolvenz. Der Hersteller von Spielen, Puzzles

und Werbedisplays mit gut 400 Beschäftigten nannte als Grund für den Schritt die gescheiterten Finanzierungsverhandlungen mit der Bank und die damit verbundene drohende Zahlungsunfähigkeit der Firma. Trotz des hohen Preisdrucks und der internationalen Konkurrenz soll sich das Unternehmen nach einer erfolgreichen Sanierung wieder am Markt behaupten können.

Trotz Insolvenz laufen die Bänder auch bei **Cotta Möbelwerke** zunächst weiter. Drohende Liquiditätsprobleme hatten im Februar 2011 zum Aus für das Traditionsunternehmen mit 375 Mitarbeitern geführt. Die Werke seien aber ausgelastet und die Auftragslage gut, so die Geschäftsführung zu den Sanierungschancen. Der Hamburger Insolvenzverwalter Heerma hat mittlerweile seine Arbeit aufgenommen.

Teile des Tiefkühl-Spezialisten **Frenzel**, nach Iglo und Frosta die Nummer 3 in Deutschland, haben nach der Insolvenz im Januar dieses Jahres mittlerweile eine neue Heimat gefunden. Der Leipziger Caterer Hänchen übernimmt einige Geschäftsbereiche. Insgesamt waren 350 Mitarbeiter durch die Pleite ihres Arbeitgebers betroffen. Angedacht ist, durch ein Planverfahren in Eigenverwaltung möglichst viele Stellen zu sichern. Ursächlich für die Pleite waren Verluste aus einer Firmenbeteiligung in Österreich, die das Unternehmen stark belastet hatten.

Im März 2011 kam für die rund 330 Beschäftigten der Pfullendorfer Straßen- und **Tiefbaufirma Strobel** die niederschmetternde Nachricht: Das Unternehmen hat einen Insolvenzantrag eingereicht. Hohe Verluste aus mehreren Großprojekten, aber auch die schlechte Zahlungsmoral von Kunden, hätten zu der Schieflage geführt, hieß es. Zuletzt waren die Liquiditätsprobleme des Unternehmens zu eklatant. Der vorläufige Insolvenzverwalter hofft, einen Teil der Arbeitsplätze durch einen Verkauf an einen Wettbewerber aus der Baubranche erhalten zu können. Ohne Einschnitt-

te bei der Belegschaft wird es aber wohl nicht gehen. Lohnfortzahlungen und das Bezahlen von Rechnungen seien aber gesichert.

Überregional bekannt wurde auch die Insolvenz des in den Dioxin-Skandal mit verseuchtem Tierfutter verwickelten Unternehmens **Harles und Jentsch** mit Sitz in Uetersen. Nach der Insolvenzmeldung im Januar gibt es mittlerweile wieder eine Zukunft für das Unternehmen und seine ca. 20 Mitarbeiter. Geplant ist, einen Käufer für das Unternehmen zu finden – bislang aber erfolglos. Das zweite Standbein der Firma, die Herstellung von technischen Fetten beispielsweise für die Seifenproduktion, liefere zunächst genügend Umsatz, so der Insolvenzverwalter. Derweil läuft der Geschäftsbetrieb geordnet weiter.

Auch die Zahlungsunfähigkeit der ersten Krankenkasse, der **City BKK**, rückte in diesem Jahr ins Blickfeld der Öffentlichkeit. 183.000 Versicherte müssen sich einen neuen Anbieter suchen. Auch ein Zusatzbeitrag von 15 € pro Versicherten konnte das chronische Finanzdefizit nicht beseitigen.

Die erste deutsche Kosmetikfirma, **Marbert** aus Düsseldorf-Benrath, ist überschuldet und reichte ebenfalls einen Insolvenzantrag ein. 75 Jahre nach der Unternehmensgründung durch Margarethe Sandler und Bertha Roeber kam das Aus. 65 Angestellten droht nun der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Die vielfach befürchtete Großinsolvenz des Bau- und Möbelzulieferers **Pfleiderer** (rund 5.600 Mitarbeiter) ist glücklicherweise vom Tisch. Mit den Kreditgebern konnte sich das Unternehmen auf eine Refinanzierung einigen.

**Gute Jobs am
Arbeitsmarkt, weniger
Gründungen**

■ **2 Neueintragungen und Löschungen
von Unternehmen**
2.1 Gründungsbilanz

Die gute Wirtschaftslage hat aus dem Gründungsgeschehen die Dynamik herausgenommen. Aufgrund besserer Job-Aussichten als abhängig Beschäftigte zögern viele potenzielle Gründer mit dem Schritt in die Selbstständigkeit. Diese Entwicklung führt zu einem Rückgang der Anmeldungen im Gewerbe- und Handelsregister um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres wurden 426.900 Anmeldungen registriert (Vorjahr: 453.500). Ebenfalls zurück ging die Zahl der Abmeldungen aus den Registern. Allerdings fiel das Minus mit 0,6 Prozent vergleichsweise gering aus. Insgesamt waren 353.600 Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 355.800).

**Tab. 20: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2011 *)
für Deutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in %	Löschun- gen	Veränd. in %
Gewerberegister	382.810 (408.600)	- 6,3	311.440 (318.820)	- 2,3
Handelsregister	44.090 (44.900)	- 1,8	42.160 (36.980)	+ 14,0
Gesamt	426.900 (453.500)	- 5,9	353.600 (355.800)	- 0,6
<i>davon wirt- schaftsaktive Unternehmen</i>	<i>67.000</i> <i>(68.800)</i>	<i>- 2,6</i>		
Saldo	+ 73.300 (+ 97.700)	- 25,0		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

**Minus bei wirtschafts-
aktiven Gründungen ...**

Da ein gewichtiger Teil der Gewerbeanmeldungen auf Nebenerwerbsgründungen sowie Rechtsformwechsel, Erbfolge oder Umzug eines bereits bestehenden Unternehmens entfällt, weist die Creditreform Statistik zusätzlich die Zahl der wirtschaftsaktiven Gründungen aus. Danach wurden im ersten Halbjahr 67.000 Unternehmen gegründet, die seit der Gründung wirtschaftliche Aktivität entfalten und aufgrund der Rechtsform und Grün-

dingsgröße eine größere wirtschaftliche Bedeutung vermuten lassen. Auch die Zahl der wirtschaftsaktiven Gründungen ist gegenüber dem Vorjahr rückläufig (minus 2,6 Prozent).

Falls wie geplant Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Existenzgründer – speziell der Gründungszuschuss – gekürzt werden, dürfte sich der Rückgang im deutschen Gründungsgeschehen fortsetzen.

Ein leichtes Minus ist bei den Handelsregisterneueintragungen festzustellen (minus 1,8 Prozent). Dagegen haben die Löschungen aus dem Handelsregister zugenommen (plus 14,0 Prozent). Auch in dieser Entwicklung kommen die deutlich verbesserten Arbeitsmarktbedingungen zum Tragen, wodurch Beschäftigungen in einem Angestelltenverhältnis bevorzugt werden. Da Löschungen aus dem Handelsregister häufig verzögert erfolgen, beispielsweise von Amts wegen, könnte ein Teil des starken Anstiegs der HR-Löschungen noch auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sein, die bis ins Jahr 2010 hinein zu Firmenschließungen führte.

... und im Handelsregister

Tab. 21: Neugründungen und Löschungen in Deutschland von 2001 bis 2011 (jeweils 1. Halbjahr)

■	Neugründungen	Löschungen
2001	415.400	377.400
2002	384.000	329.000
2003	386.000	326.000
2004	468.100	334.000
2005	464.200	364.100
2006	462.800	357.000
2007	441.600	361.000
2008	426.000	366.100
2009	421.600	360.700
2010	453.500	355.800
2011 *)	426.900	353.600

*) von Creditreform geschätzt

Der Gründungsboom der Unternehmergesellschaft (UG) ist bereits 2010 abgeebbt. Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Eintragungen in dieser Rechtsform voraussichtlich weiter zurückgehen. Im Gegenzug dazu nimmt die Frühsterblichkeit der UG zu. Die amtliche Statistik weist seit Beginn dieses Jahres die An- und Abmeldungen der sogenannten Mini-GmbH aus. Danach sind im ersten Vierteljahr 4.170 An- und 1.264 Abmeldungen von UG registriert worden.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen wird anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur Team-Gründer-Mehrfachzählung.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw., wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zunächst zu Mehrfacherfassungen oder verzögerten Erfassungen kommen. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

2.2 Neueintragungen nach Bundesländern

Die Gründungsintensität gibt an, wie viele Handelsregisterneueintragungen je 10.000 bestehende Unternehmen registriert werden. Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Berlin (899) und Hamburg (793) weisen die höchste Gründungsintensität auf, während Schleswig-Holstein (497) am Ende der Tabelle rangiert. Hier erneuert sich der Unternehmensbestand damit deutlich langsamer, was auf schlechtere Gründungsbedingungen und schlechtere wirtschaftliche Perspektiven hindeutet. Das Gründungsgeschehen wird zudem von demografischen Einflussfaktoren wie der Alterung der Bevölkerung (mit-)bestimmt.

Unter den westdeutschen Flächenländern liegt Hessen mit einer Gründungsquote von 636 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen vor Bayern (617) und NRW (599). Mecklenburg-Vorpommern (772) führt die Liste der ostdeutschen Länder an,

Hamburg und Berlin mit hoher Gründungsaktivität

gefolgt von Sachsen-Anhalt (618) und Brandenburg (589).

**Tab. 22: Handelsregisterneueintragungen je 10.000
HR-Unternehmen nach Bundesländern im 1. Hj. 2011**

■	Neueintragungen
Berlin	899
Hamburg	793
Mecklenburg-Vorpommern	772
Hessen	636
Sachsen-Anhalt	618
Bayern	617
Nordrhein-Westfalen	599
Brandenburg	589
Baden-Württemberg	588
Sachsen	588
Saarland	549
Rheinland-Pfalz	548
Bremen	533
Niedersachsen	527
Schleswig-Holstein	497
Thüringen	491
Deutschland	603

*) Creditreform Datenbank

Schlusslicht: Saarland

In der absoluten Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister liegt Nordrhein-Westfalen (9.670) vorne, gefolgt von Bayern (8.020) und Baden-Württemberg (4.660). Diese drei Flächenländer machen damit rund 51 Prozent aller Neueintragungen ins Handelsregister aus. Schlusslicht ist das Saarland, wo lediglich 410 Handelsregister-eintragungen registriert wurden. In den ostdeutschen Ländern weist Sachsen (1.600) die meisten HR-Neueintragungen auf – es folgt Brandenburg mit 930.

Gelöscht wurden im Verlauf des ersten Halbjahres 42.160 Unternehmen aus dem Handelsregister, so dass per Saldo ein geringer Überschuss von 1.930 Unternehmen verbleibt. Der Bestand an handelsregisterlich eingetragenen Firmen in

Deutschland ist demnach weiter gewachsen. Die zu beobachtenden Unterschiede im Zu- und Abgang innerhalb der Bundesländer könnten mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und der Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen, Löschungen zusammenhängen.

Tab. 23: Handelsregisterneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern für das 1. Halbjahr 2011 *)

■	Neueintragungen	Löschungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	9.670	9.690	- 20
Bayern	8.020	6.420	1.600
Baden-Württemberg	4.660	4.480	180
Hessen	3.750	4.030	- 280
Niedersachsen	3.670	3.810	- 140
Berlin	3.240	1.870	1.370
Hamburg	2.480	1.480	1.000
Rheinland-Pfalz	1.680	1.750	- 70
Sachsen	1.600	2.100	- 500
Schleswig-Holstein	1.400	1.500	-100
Brandenburg	930	890	40
Sachsen-Anhalt	840	1.140	- 300
Thüringen	650	1.100	- 450
Mecklenburg-Vorpommern	640	930	- 290
Bremen	450	470	- 20
Saarland	410	500	- 90
Deutschland	44.090	42.160	1.930

*) Creditreform Datenbank

2.3 Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen

Attraktiv für Neugründer war erneut der Dienstleistungssektor. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren 10.920 Eintragungen im Bereich der unternehmensnahen Dienste zu verzeichnen. Das ist nahezu ein Viertel (24,8 Prozent) aller registrierten Neueintragungen. Personenbezogene Dienstleistungen wählten immerhin noch 6.380 der neuen Unternehmen als ihren Tätigkeitsschwerpunkt. Das entspricht rund einem

Dienstleistungsgründungen am attraktivsten

**Mehr Gründungen im
Großhandel als im
Einzelhandel**

Siebtel (14,5 Prozent) des gesamten Gründungs- geschehens im Handelsregister. Ebenfalls viele Neugründungen wurden in den Bereichen Kredit- und Versicherungswesen (3.460; 7,8 Prozent), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung (3.280; 7,4 Prozent) und Großhandel (3.390; 7,7 Prozent) verzeichnet. Das Baugewerbe macht 6,7 Prozent aller Neueintragungen des ersten Halb- jahres 2011 aus (2.950 neue Unternehmen) – der Einzelhandel immerhin noch 6,5 Prozent (2.870 neue Unternehmen).

**Tab. 24: Handelsregister-Neueintragungen nach
Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2011 *)**

■	absolut	%-Anteil
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	400	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	2.600	5,9
Energie- u. Wasserversorgung	1.540	3,5
Baugewerbe	2.950	6,7
Kfz-Handel	940	2,1
Großhandel	3.390	7,7
Einzelhandel	2.870	6,5
Gastgewerbe	1.450	3,3
Verkehr u. Logistik	1.280	2,9
Datenverarbeitung, IKT	2.630	6,0
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	3.460	7,8
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung bewegl. Sachen	3.280	7,4
unternehmensnahe Dienstleistungen (Bera- tung, Werbung, Gebäu- dereiniger, F&E etc.)	10.920	24,8
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wä- scherei, Frisöre, Bestat- tungswesen etc.)	6.380	14,5
Gesamt	44.090	100,0

*) Creditreform Datenbank; nur Unternehmen mit Branchenzuordnung.

Im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum ist ein leichter Rückgang der Handelsregisterneueintra- gungen festzustellen (minus 1,8 Prozent). Das Minus verteilt sich aber sehr ungleichmäßig auf

die einzelnen Wirtschaftsbereiche. So steht einem deutlichen Rückgang in den Bereichen Energieversorgung (minus 16,8 Prozent) und Datenverarbeitung/IKT (minus 15,4 Prozent) ein starker Anstieg im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung (plus 16,7 Prozent) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe (plus 14,6 Prozent) gegenüber. Ebenfalls mehr Eintragungen als im Vorjahreszeitraum verzeichnet der Bereich unternehmensnahe Dienste (plus 6,6 Prozent).

Weniger Start ups im Bereich IKT

Tab. 25: Veränderung Handelsregister-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2011 *)

■	Veränderung in Prozent
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	- 2,4
Verarbeitendes Gewerbe	- 12,2
Energie- u. Wasserversorgung	- 16,8
Baugewerbe	- 3,6
Kfz-Handel	- 4,1
Großhandel	- 6,1
Einzelhandel	- 11,1
Gastgewerbe	+ 0,7
Verkehr u. Logistik	- 4,5
Datenverarbeitung, IKT	- 15,4
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	+ 14,6
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	+ 16,7
unternehmensnahe Dienstleistungen (Bera- tung, Werbung, Gebäudereiniger, F&E etc.)	+ 6,6
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	- 6,7
Gesamt	- 1,8

*) Creditreform Datenbank

2.3.1 Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen

Junge Unternehmen weisen zumeist überdurchschnittliche Wachstumsraten bei den Beschäftigtenzahlen auf. Mit Hilfe einer Eingrenzung auf wirtschaftsaktive Neugründungen lässt sich der Beschäftigungsbeitrag von Gründungen näherungsweise ermitteln. Danach sind im ersten Halbjahr 2011 rund 67.000 neue Unternehmen ent-

Im letzten Jahr waren es noch mehr

standen, die von ihrer Rechtsform, Gründungsgröße und wirtschaftlichen Aktivität – beispielsweise im Hinblick auf ihre Lieferanten- und Kundenbeziehungen – eine größere volkswirtschaftliche Bedeutung haben. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist die Zahl der wirtschaftsaktiven Gründungen um 2,6 Prozent zurückgegangen (Vorjahr: 68.800 wirtschaftsaktive Gründungen).

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

Der Großteil der wirtschaftsaktiven Neugründungen entfällt auf den Dienstleistungssektor (44.360 Unternehmen; Vorjahr: 45.450), die wenigsten werden im Baugewerbe verzeichnet (4.970; Vorjahr: 5.140).

Tab. 26: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland im 1. Halbjahr 2011 *)

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	5.430 (5.560)
Baugewerbe	4.970 (5.140)
Handel	12.240 (12.650)
Dienstleistungen	44.360 (45.450)
Gesamt	67.000 (68.800)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

Viele Jobs durch neue Unternehmen

Die bei der Gründung entstehenden Arbeitsplätze lassen sich annähernd quantifizieren, indem man die Anzahl neuer Unternehmen mit der Zahl der durchschnittlich geschaffenen Stellen multipliziert. Nach dieser Berechnungsmethode beläuft sich die Anzahl der in wirtschaftsaktiven Unternehmen neu entstandenen Arbeitsplätze auf 161.380 im

ersten Halbjahr 2011. Im Vergleichszeitraum 2010 wurde mit 165.745 neuen Jobs ein leicht höherer Wert erreicht.

Tab. 27: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2011 *)

■	durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei Gründung	Zahl der Beschäftigten
Verarb. Gewerbe	5	27.150 (27.800)
Baugewerbe	3	14.910 (15.420)
Handel	2,5	30.600 (31.625)
Dienstleistungen	2	88.720 (90.900)
Gesamt		161.380 (165.745)

*) von Creditreform geschätzt; Angaben teilweise gerundet; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

Dabei unterscheidet sich die Zahl der pro Gründung neu geschaffenen Stellen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In der Industrie entstehen pro Neugründung im Schnitt rund fünf Beschäftigungsverhältnisse, im Dienstleistungssektor lediglich zwei. Allerdings vereint der Dienstleistungssektor in absoluten Zahlen die meisten neuen Arbeitsplätze auf sich. Dieser Wirtschaftszweig zeichnet sich demnach für 88.720 der neuen Stellen verantwortlich – das sind 55,0 Prozent des Gesamtvolumens (bei einem Anteil von 66,2 Prozent des Gründungsgeschehens). Damit sind hier, wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen auch, weniger Stellen geschaffen worden als vor Jahresfrist. Industrieunternehmen stehen bei 8,1 Prozent der wirtschaftsaktiven Gründungen für 16,8 Prozent der neu geschaffenen Stellen. In absoluten Zahlen: 27.150.

***Jede sechste neue Stelle
in der Industrie***

2.3.2 Branchenspezifisches Gründungsklima

Durch vier Einflussfaktoren werden die aktuellen Umfeldbedingungen für die Gründung eines Unternehmens erfasst und branchenspezifisch untersucht. Dabei handelt es sich um die Konjunkturlage, die Finanzierungs- und Marktzugangsbedingungen sowie die Ausfallrisiken. Die Analyse dieser Stellgrößen ermöglicht eine Einschätzung, in

***Gutes Gründungsklima =
mehr Markteintritte***

welchen Branchen das Gründungsklima und damit die Chancen für eine Existenzgründung zurzeit am besten sind. Im Folgenden werden die Hauptergebnisse vorgestellt; eine differenzierte Darstellung ist dem Anhang zu entnehmen.

Das branchenspezifische Gründungsklima bestimmt wesentlich die Markteintrittsrate, das heißt, die Anzahl der Gründungen pro Bestandsunternehmen. So deutet ein aktives Gründungs geschehen in einer Branche auf aktuell vorteilhafte Bedingungen für Unternehmensgründer hin.

***Top-Bedingungen für
personenbezogene
Dienstleistungen***

Ein Blick auf die Situation in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zeigt, dass die Bedingungen für Gründungen derzeit im Dienstleistungssektor am günstigsten sind. Auf einer Bewertungsskala zwischen 0 für sehr schlechte Bedingungen und 10 für sehr gute erhält der Wirtschaftszweig personenbezogene Dienste mit 7,8 Punkten die höchste Punktzahl. 6,7 Punkte werden für das aktuelle Gründungsklima im Großhandel vergeben, 6,5 Punkte für den Bereich unternehmensnahe Dienstleistungen.

***Belastungen durch Risiken
und Finanzierung***

Dabei profitieren Unternehmensgründungen vor allem in den Dienstleistungssektoren von niedrigen Markteintrittsbarrieren. Gründungsprojekte sind hierbei oftmals mit vergleichsweise geringem Kapitalaufwand realisierbar, was sich auch in der Altersstruktur dieser Branchen widerspiegelt – die Mehrheit der eingetragenen Unternehmen ist jünger als zehn Jahre. Hinzu kommt eine gute aktuelle Konjunkturlage in der Dienstleistungsbranche, was die Gründungsattraktivität gewöhnlich beflügelt. Abstriche sind dagegen beim Insolvenzrisiko sowie der Finanzierung festzustellen, die auf die Bedingungen für Existenzgründungen im Bereich Dienstleistungen belastend wirken.

Tab. 28: Branchenspezifisches Gründungsklima ausgewählter Wirtschaftsbereiche im 1. Halbjahr 2011

■	personenbez. Dienstleistungen	Großhandel	unternehmensnahe Dienstleister	Metall und Elektro	Chemie/Kunststoffe	Einzelhandel	Transport und Logistik	Baugewerbe
Gründungsklima	7,8	6,7	6,5	6,0	5,4	4,9	3,3	2,0
Branchenkonjunktur	9,0	8,0	7,0	10,0	6,0	3,0	5,0	0,0
Insolvenzrisiko	5,3	5,8	5,8	6,5	9,0	3,8	1,3	1,0
Finanzierungsbedingungen	5,3	6,3	5,0	7,0	8,3	6,0	0,7	1,0
Marktzugangsbedingungen	9,7	6,3	7,4	2,3	1,3	6,0	4,7	4,7

Quelle: Creditreform Berechnungen.
Bewertungsskala: 10 = sehr gute Bedingungen für Unternehmensgründer;
0 = sehr schlechte Bedingungen für Unternehmensgründer.

Ein höheres Startkapital ist meist bei Gründungen im Metall- und Elektrogewerbe nötig sowie auch in der Chemiebranche. Diese vergleichsweise hohen Marktzugangshürden erschweren die Gründungsbedingungen. Gleichzeitig finden Gründungen in der Chemie ein eher geringes Insolvenzrisiko und derzeit gute Finanzierungsbedingungen vor. Mit Abstrichen gilt dies auch für die Metallbranche.

Als schwierig lassen sich die Bedingungen für Existenzgründungen dagegen in den Bereichen Transport/Logistik und Baugewerbe bezeichnen. Zwar ist der Markteintritt relativ einfach möglich, allerdings sind beide Wirtschaftsbereiche durch viele Insolvenzen und ein schlechtes Finanzierungsangebot gekennzeichnet, was das Risiko für Neugründer, mit der Existenzgründung zu scheitern, deutlich erhöht. Demzufolge erhalten das Baugewerbe mit 2,0 Punkten und die Logistikwirtschaft mit 3,3 Punkten die schlechtesten Noten in puncto Gründungsbedingungen.

Großhandel und Metall noch „gut“

„schlechte“ Bedingungen für Gründungen in den Bereichen Logistik und Bau

■ 3 Zusammenfassung

Der Wirtschaftsaufschwung führt zu einem deutlichen Rückgang der Insolvenzzahlen. Mit 14.960 Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2011 wurden 11,1 Prozent weniger Fälle registriert als im Vorjahreszeitraum (16.820 Fälle). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank ebenfalls von 54.070 auf 51.300 betroffene Personen (minus 5,1 Prozent). Insgesamt wurden zwischen Januar und Juni dieses Jahres 79.270 Insolvenzfälle von den deutschen Amtsgerichten bearbeitet, darunter 13.010 sonstige Insolvenzverfahren.

Trotz des Rückgangs bei den Verbraucherinsolvenzen wurde nach 2007 und 2010 in diesem Jahr der dritthöchste Wert seit Einführung der Insolvenzordnung (InsO) im Jahr 1999 festgestellt. Das zeigt, dass die Nachfrage nach einem Schuldenbereinigungsverfahren für Privatpersonen immer noch sehr hoch ist. Zum Stand Ende 2010 haben rund 20.000 Deutsche nach einer erfolgreichen Absolvierung der Wohlverhaltensperiode ihre Restschuldbefreiung erhalten. Gut jeder Achte davon ist bereits im Rentenalter oder kurz davor.

Gut 20 Jahre nach der deutschen Einheit haben sich die Insolvenzquoten in Ost- und Westdeutschland angeglichen. Im Osten der Bundesrepublik sank sowohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen als auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stärker als im Westen Deutschlands. So wurden im ersten Halbjahr 2011 im Osten 2.500 Unternehmens- und 10.410 Verbraucherinsolvenzen gezählt. Das entspricht einem Minus von 18,0 bzw. 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In Westdeutschland verringerte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 9,5 Prozent auf 12.460 Fälle, und die Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 4,8 Prozent auf 40.890 Fälle.

Noch immer gehen die Schäden durch Insolvenzen in die Milliarden. Allein zwischen Januar und

Juni 2011 wurde eine Schadenshöhe von 10,4 Milliarden Euro festgestellt (Vorjahreszeitraum: 14,7 Milliarden Euro); 7,3 Milliarden Euro bei privaten Gläubigern und 3,1 Milliarden Euro bei der öffentlichen Hand. Damit haben private Gläubiger pro Insolvenzfall im Durchschnitt 488.000 Euro verloren. Neben den Schäden für Kreditgeber und Lieferanten müssen häufig auch die Beschäftigten insolventer Unternehmen Einschnitte hinnehmen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren rund 110.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Die geringere Zahl an Insolvenzen sowie auch weniger Großinsolvenzen führten zu einem Rückgang (Vorjahreszeitraum: 155.000 Betroffene). Knapp ein Drittel des voraussichtlichen Stellenabbaus (32,5 Prozent) findet in größeren Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten statt, gut ein Fünftel (21,5 Prozent) in kleinen Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern. Im Vergleich zum Vorjahr stellen kleinere Unternehmen einen höheren Anteil der bedrohten Arbeitsplätze, größere Unternehmen einen geringeren. Ein nennenswerter Stellenabbau findet im Vorfeld der Insolvenz zu meist nicht statt.

In den vier Hauptwirtschaftsbereichen hat sich das Insolvenzgeschehen in die gleiche Richtung entwickelt, allerdings unterschiedlich stark. Mit minus 19,9 Prozent bzw. minus 13,8 Prozent ist der größte Rückgang im Handel sowie im Verarbeitenden Gewerbe festzustellen. Geringer fiel der Rückgang im Baugewerbe aus (minus 6,0 Prozent) sowie im Dienstleistungssektor (minus 8,5 Prozent). Mehr als die Hälfte der registrierten Insolvenzfälle (56,7 Prozent) waren Dienstleister. Dieser Sektor hat zudem seinen Anteil am deutschen Insolvenzgeschehen ausgebaut (Vorjahr: 55,1 Prozent). Das gilt auch für den Bau, der 2011 für 15,6 Prozent der Insolvenzen steht (Vorjahr: 14,8 Prozent). Anteilsmäßig deutlich weniger betroffen war dagegen der Handel. Die Insolvenzquote, also die Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen, erreicht im Verarbeitenden Gewer-

be 69, im Bau 134, im Handel 88 und im Dienstleistungssektor 96.

Nach Rechtsformen unterschieden, zeigt die GmbH eine vergleichsweise hohe Insolvenzgefährdung. Vier von zehn Insolvenzen (39,5 Prozent) betreffen eine haftungsbeschränkte Gesellschaft (Insolvenzquote: 143) und 46,5 Prozent sind Gewerbetreibende (Insolvenzquote: 80). Das Gros des Insolvenzgeschehens in Deutschland entfällt auf sehr kleine Unternehmen: In 65,0 Prozent der Fälle lag der Jahresumsatz unter 500.000 Euro. Nur 60 insolvente Unternehmen wiesen einen Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro auf. Das entspricht 0,4 Prozent der Verfahren (Vorjahr: 0,2 Prozent). Auch wenn die Fallzahl gering erscheint, wurde doch im Bereich größerer Firmeninsolvenzen ein Zuwachs verzeichnet.

Dieses Ergebnis zeigt sich sowohl nach Umsatzgröße als auch nach der Mitarbeiterzahl der Unternehmen. So gab es in der überwiegenden Mehrzahl der insolventen Unternehmen höchstens fünf Beschäftigte (79,2 Prozent; Vorjahr: 78,8 Prozent). Mehr als 50 Arbeitnehmer waren in lediglich 2,0 Prozent der insolventen Unternehmen tätig (Vorjahr: 1,7 Prozent).

Die bekannteste Insolvenz des laufenden Jahres war sicherlich die Pleite des Energieanbieters TelDaFax aus Troisdorf bei Bonn. Auch drei Unternehmen aus dem Automobilzuliefererbereich waren in diesem Jahr wieder unter den Insolvenzkandidaten: Sellner mit rund 1.600 Beschäftigten, AKT mit rund 1.000 Beschäftigten und die YMOS Gruppe mit rund 283. Insolvenz anmelden musste auch die Druckereigruppe Schlott sowie der Schmuck- und Uhrenhändler Gold Meister, der 130 Filialen in Deutschland betreibt.

Aufgrund der sehr guten Arbeitsmarktbedingungen ist die Zahl der Neugründungen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres rückläufig. Insgesamt wurden 426.900 Anmeldungen fest-

gehalten, das sind 5,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Dem stehen Schließungen von 353.600 Betrieben gegenüber. Neu eingetragen wurden 67.000 Unternehmen, die bereits mit ihrer Gründung eine größere wirtschaftliche Aktivität entfalten (minus 2,6 Prozent gegenüber dem 1. Halbjahr 2010). Diese neuen Unternehmen haben schätzungsweise 161.380 neue Arbeitsplätze geschaffen (Vorjahr: 165.745).

Die deutschen Länder zeichnen sich durch eine unterschiedliche Gründungsintensität aus. Spitzenreiter mit den meisten Neueintragungen pro 10.000 Bestandsunternehmen ist Hamburg (899) vor Berlin (793) – Schlusslicht ist Thüringen (491).

Die Bedingungen für Gründer werden anhand des Creditreform Gründungsklimas branchenspezifisch untersucht. Wichtige Einflussfaktoren sind dabei die jeweilige Konjunkturlage in der Branche, die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, sowie die Insolvenzrisiken und die Marktzugangsbedingungen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen. Danach herrschen für Existenzgründer im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen derzeit die besten Gründungsbedingungen, gefolgt vom Großhandel, den unternehmensnahen Dienstleistern und der Metall- und Elektrobranche.

■ **Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima**

Die Startbedingungen für Gründer sind ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Dynamik des Gründungsgeschehens. Zur Beurteilung der Gründungsbedingungen in einer Branche lassen sich vier wichtige Einflussfaktoren identifizieren und branchenspezifisch analysieren: die aktuelle Konjunkturlage, die Finanzierungsbedingungen, die Höhe der Markteintrittsbarrieren und das Risiko, mit der Neugründung zu scheitern (Insolvenzrisiko). Mit unterschiedlichen Gewichtungen versehen, werden diese Einzelfaktoren anhand einer

Punkteskala von 0 bis 10 Punkten bewertet und zu einem Gesamtscore zusammengefasst.

Die aktuelle Wirtschaftslage in einer Branche wird mit dem Creditreform Geschäftsklimaindex abgebildet, der aus Unternehmensbefragungen ermittelt wird. Dazu werden die Beurteilungen der Unternehmen hinsichtlich Geschäftslage und -erwartungen zu einem Index verdichtet. Neben den Fremdkapitalkosten (Zinssätze für langfristige Kredite) beeinflussen auch Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung das Gründungsklima in einer Branche. Aus diesem Grund werden die Finanzierungsbedingungen als zweiter wesentlicher Faktor für die Gründungsbedingungen identifiziert. Zwar haben viele Gründer lediglich einen Finanzierungsbedarf von wenigen tausend Euro (Mikrofinanzierung), allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die überproportional hohe Gründungszahl im Dienstleistungssektor dieses Bild verzerrt. Zur Neugründung eines Unternehmens wird nach wie vor in vielen Fällen Startkapital benötigt, um betriebsnotwendige Vermögensgegenstände zu erwerben, anzumieten etc. Neben den langfristigen Zinsen am Kapitalmarkt spielen branchenspezifische Variablen für die Finanzierungsbedingungen eine wichtige Rolle – wie die Branchenbonität, die maßgeblich die Höhe der Fremdkapitalkosten mitbestimmt.

Das hohe Risiko, mit einer Existenzgründung zu scheitern, hält viele potenzielle Gründer davon ab, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die aktuelle Insolvenzquote in der Branche liefert wichtige Hinweise auf existierende Risiken. Dazu bildet der Creditreform Risiko Indikator (CRI) die Insolvenzanfälligkeit einer Branche ab. Weiterhin fließen Informationen zum Zahlungsverhalten aus dem Creditreform Debitorenregister (DRD) und Befragungsergebnisse zum Kundenzahlungsverhalten mit in die Berechnung des branchenspezifischen Insolvenzrisikos ein.

Schließlich bestimmen strukturelle Marktzugangsbedingungen die Zahl der Markteintritte. Falls hohe Hürden existieren, werden Gründungen eher verhindert. Solche Markteintrittsschranken sind beispielsweise der erforderliche Kapitalbedarf zur Finanzierung von betriebsnotwendigem Anlagevermögen. Als Annäherung an den wahrscheinlichen Kapitalbedarf für Branchenneulinge werden Bilanzdaten herangezogen, die Auskunft über das Produktivkapital von kleinen Betrieben (bis maximal zehn Beschäftigten) geben. Dabei erschwert ein hoher Kapitalbedarf den Marktzugang. Zusätzlich zeigt die Altersstruktur einer Branche vorhandene Schwierigkeiten für neue Unternehmen. Ist der Anteil junger Betriebe in der Branche gering, deutet das auf einen relativ schweren Zugang in den Markt hin.

Branchenspezifisches Gründungsklima Frühjahr 2011

Einflussfaktoren		Gewichtung	Gesamtwirtschaft	Baugewerbe	Chemie / Kunststoff	Einzelhandel	Großhandel	Grundstoffe	Konsumgüter	personenbezogene DL	Metall / Elektro	unternehmensnahe DL	Verkehr / Logistik
Gründungsklima			4,6	2,0	5,4	4,9	6,7	4,2	3,7	7,8	6,0	6,5	3,3
Konjunktur	Geschäftsklima		31,1	16,6	32,8	25,6	37,8	19,8	21,8	38,6	43,8	36,0	31,6
	Konjunktur	0,25	4,0	0,0	6,0	3,0	8,0	1,0	2,0	9,0	10,0	7,0	5,0
Finanzierungsbedingungen	durchschn. Bonität		263	265	247	260	260	252	254	264	252	264	267
	Gewichtungsfaktor		1,00	1,03	0,78	0,96	0,96	0,84	0,87	1,02	0,84	1,02	1,06
	gewichtete langfristige Zinsen (in %)		4,11	4,24	3,20	3,93	3,93	3,46	3,58	4,17	3,46	4,17	4,37
	Bewertung	0,67	4,0	1,0	10,0	6,0	6,0	9,0	7,0	3,0	9,0	3,0	0,0
	Finanzierungsprobleme (in % der Unternehmen)		14,1	21,4	12,9	11,3	11,0	24,1	10,3	4,0	18,0	9,2	21,3
	Bewertung	0,33	4,0	1,0	5,0	6,0	7,0	0,0	8,0	10,0	3,0	9,0	2,0
	Finanzierungsbedingungen	0,25	4,0	1,0	8,3	6,0	6,3	6,0	7,3	5,3	7,0	5,0	0,7
Insolvenzrisiko	Insolvenzquote		2,22	2,91	1,21	2,65	2,14	1,25	1,82	2,75	1,58	1,77	4,08
	Bewertung	0,50	4,0	1,0	10,0	3,0	5,0	9,0	6,0	2,0	8,0	7,0	0,0
	Zahlungsverhalten der Kunden (Saldo gut/schlecht)		46,7	42,7	49,5	50,9	48,5	51,0	45,4	55,9	40,4	50,7	35,2
	Bewertung	0,25	4,0	2,0	6,0	8,0	5,0	9,0	3,0	10,0	1,0	7,0	0,0
	Zahlungsverhalten der Branche (Überfällige Tage)		12,84	14,32	11,40	13,44	11,75	13,05	12,06	11,79	11,58	13,38	12,84
	Bewertung	0,25	5,0	0,0	10,0	1,0	8,0	3,0	6,0	7,0	9,0	2,0	5,0
	Insolvenzrisiko	0,15	4,3	1,0	9,0	3,8	5,8	7,5	5,3	5,3	6,5	5,8	1,3
Marktzugangsbedingungen	Altersstruktur*		52,9	66,1	69,9	65,3	60,5	63,7	71,9	43,2	67,9	44,5	54,2
	Bewertung	0,67	8,0	3,0	1,0	4,0	6,0	5,0	0,0	10,0	2,0	9,0	7,0
	Finanzbedarf** (Tsd. €)		42,8	34,8	90,0	30,5	40,0	128,0	50,0	32,9	63,5	50,4	130,3
	Bewertung	0,33	6,0	8,0	2,0	10,0	7,0	1,0	5,0	9,0	3,0	4,0	0,0
	Marktzugangsbedingungen	0,35	5,6	4,7	1,3	6,0	6,3	3,7	1,7	9,7	2,3	7,4	4,7

* Anteil der Unternehmen >=10 Jahre

** Schätzung anhand des Median des Anlagevermögens von kleinen Unternehmen (bis 10 Beschäftigte).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz (Tel.: 02131/109-171)

Redaktion: Dr. Hardy Gude (Tel.: 02131/109-172)

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2011, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 27. Juni 2011